

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung
für das monatlich RM. 2.20, durch Westfalen
RM. 2.50 einl. 48.44 RM. Postgeb. (ohne
Zustellungsgebühr) bei halbjährlicher
Zahlung RM. 12.00, bei vierteljährlicher
Zahlung RM. 6.00, bei monatlicher
Zahlung RM. 2.20, bei halbjährlicher
Zahlung RM. 12.00, bei vierteljährlicher
Zahlung RM. 6.00, bei monatlicher
Zahlung RM. 2.20.

Druck u. Verlag: Klopsch & Reichardt, Dresden-N. 1, Marien-
straße 38/42. Fernruf 25241. Postfach 1008 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Anzeigenpreise: 1. Zeile Nr. 7: 1000 Meterzeile
(22 mm hoch) 11.50 RM. Nachträge nach Stelle 8.
Samstagsanzeigen u. Stellenangebote 1000 Meterzeile
12.50 RM. Sonntags 15.00 RM. — Nachdruck
nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten.
Übertragene Schriftsätze werden nicht aufgeführt.

Der Führer legt den Grundstein zum neuen Berlin

Die Reichshauptstadt in einen einzigen Bauplatz verwandelt

Berlin, 14. Juni.
Mit der Grundsteinlegung zum „Haus des deutschen Fremdenverkehrs“ am Kunden Platz gab der Baumeister Großdeutschlands, Adolf Hitler, in den Mittagsstunden des 14. Juni den Auftakt zu dem wichtigsten Abschnitt der baulichen Neugestaltung Berlins. An sechzehn großen Baustellen wurde auf sein Geheiß und nach den Plänen seines Beauftragten, Professor Speer, ein Werk in Angriff genommen, das nichts weniger als die völlige Wandlung der Dreiecks-Millionen-Stadt im Geiste nationalsozialistischer Baugesinnung bedeutet.

Während der Führer in dem feierlichen Staatsakt den Grundstein zum ersten Monumentalbau an der Nord-Süd-Achse legte, vollzog Reichsminister Dr. Frick mit Reichsleiter Fickler den gleichen Akt beim „Haus des deutschen Gemeindegewerbes“ an der Ost-West-Achse, Reichsminister Dr. Dörpmüller am Königsplatz, wo neben dem gewaltigen Sprecherbühnen zugleich die U- und S-Bahnverbindungen zwischen den kommenden Großbahnhöfen Nord und Süd in Angriff genommen werden. Der Oberbürgermeister und Stadtpräsident Dr. Lippert hob die Arbeiten an der Kreuzung der beiden Achsen im Tiergarten aus der Taufe, und ganz in der Nähe begannen auch die Umbauten an der Siegesallee.

Näher am Königsplatz begann die Deutsche Reichsbahn noch sieben weitere Großbauten, darunter den neuen Bahnhof Süd, die Verschiebebahnhöfe Großbeeren und Buchholz, die Ausbesserungswerke Mariensfelde und Schönweide, die

Ortsüteranlage Nichtenrode und die Versuchsanstalt Nichtenfelde-Süd während die Berliner Verkehrsgesellschaft ebenfalls mit den Ausbesserungsarbeiten am Südpunkt des U-Bahnnetzes einsetzte.

Die ganze Größe der Umgestaltung offenbart sich erst, wenn man die bereits begonnenen Arbeiten an der Ost- und Westachse, die Schaffung der neuen Hochschulestadt, den riesigen neuen Flughafen und gemäß nicht zuletzt das Wohnungsbauprogramm, das allein für 1933 nicht weniger als 30000 Wohnungen vorsieht, einbezieht.

Berlin, das schon immer den Ehrenitel einer Arbeitsstadt trug, ist mit diesen Grundsteinlegungen zu einem einzigen Arbeitsplatz geworden. In wenigen Jahren aber wird Großdeutschlands würdevolle Hauptstadt erstanden sein, die auch in ihrer Gestalt ein Ebenbild unserer großen Zeit und — wie Dr. Goebbels sagte — ein „kleineres Dokument nationalsozialistischen Gehaltungswillens und politischer Größe“ ist.

Ausführlicher Bericht auf Seite 2

Die Luftwaffe übt vor dem Führer

Berlin, 14. Juni.

Am Montag fand in größerem Rahmen eine Besichtigung der Lehrgruppen der Luftwaffe vor dem Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht statt. An der vorpommerschen Küste wurden im Beisein des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Goering, sowie der Oberbefehlshaber der beiden anderen Wehrmachtteile, Generaloberst von Braunsbach und Generaladmiral Dr. v. C. Raeder, Gefechtsübungen sowie eine Anariffsübung auf einen durch das Vorkeschwadern und Flakartillerie verteidigten Fliegerhorst durchgeführt.

„Tag des deutschen Meeres“

Zur 25-Jahr-Feier der Tannenbergschlacht

Berlin, 14. Juni.

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der großen Entscheidungsschlacht im Osten wird in der ersten Augusthälfte des Jahres 1933, voraussichtlich vom 7. bis 9. August, im Reichsgebiet Tannenberg ein „Tag des deutschen Meeres“ stattfinden. Mit den Vorbereitungen für die Kundgebung, zu der mindestens 30000 Deutsche und ausländische Kriegsteilnehmer erwartet werden, ist bereits begonnen worden.

Kein Jude kann deutscher Staatsbürger werden

Auch nicht durch Geburt oder Heirat

Berlin, 14. Juni.

In der Preßnummer der Reichszeitung der Akademie für deutsches Recht nimmt der Staatssekretär im Reichsinnenministerium, H. Oberländer, Dr. Stuckart, das Wort zu Problemen des Staatsangehörigkeitsrechts. Er bemerkt, daß zwar die größten Mißstände bereits durch das Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit beseitigt worden seien, und es werde auch nur noch eingetragert, wer in rassistischer Hinsicht einen Bevölkerungszuwachs darstellt. Allein damit könnten die gerade in der Judenfrage notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Wenn auch den im Inlande anwesenden Juden aus alledem politischen Erwägungen die deutsche Staatsangehörigkeit belassen werden müßte, so scheitert es doch auf der anderen Seite nicht an, den nach dem derzeitigen Staatsangehörigkeitsrecht noch möglichen weiteren Zuwachs von Juden in den deutschen Staatsverband durch eheliche oder auhereliche Geburt, durch Legitimation und durch Heirat, auch in Zukunft zu verhindern. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht werde daher Vorbehalte treffen müssen, daß Juden die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, Legitimation und Heirat künftig nicht mehr erwerben können. Daß dieselbe Regelung auch z. B. für die Rassen derer getroffen werden müssen, bedürfte keiner näheren Erörterung.

Weiter werde künftig nicht nur der rassistisch unerwünschten Ausländerin, falls sie ihre Ehegatten mit einem Reichsdeutschen wüßte, die Anerkennung der Staatsangehörigkeit verweigert werden. In gleicher Weise müßten vielmehr auch diejenigen deutschblütigen Ausländerinnen behandelt werden, die allem rassistischen Empfinden gegenüber einen Juden deutscher Staatsangehörigkeit heirateten. Im übrigen werde aber der automatische Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Verehelichung einer Ausländerin mit einem deutschen Staatsangehörigen beibehalten werden müssen.

„Wollen die Sudetendeutschen bleiben, wo sie sind?“

Die Londoner „Times“ fordert: „Der Fehler von 1919 muß wieder gutgemacht werden“

London, 14. Juni.

Die „Times“ befaßt sich heute erneut in ihrem Leitartikel mit der sudetendeutschen Frage. Dieser Aufsatz ist bemerkenswert durch die Offenheit, mit der das englische Blatt die in der Vergangenheit gemachten Fehler zugibt. Eingangs sagt das Blatt, es sei selbstverständlich wünschenswert, daß eine vernünftige Lösung mittels friedlicher Methoden gefunden werde. Es würde für die Kunst der europäischen Staatsmänner einen Bankrott bedeuten, wenn diese Zukunftsfrage von über drei Millionen Sudetendeutschen einen Konflikt in einen alles zerstörenden Krieg hineinzutreiben würde.

Die einzige wirklich wichtige Frage aber sei die, ob die Sudetendeutschen dort bleiben wollten, wo sie seien, oder ob sie es wünschten, irgendwo anders hinzugehen. Es sei einer der Fehler der Friedensverträge gewesen, daß, obwohl der Grundlag der Selbstbestimmung damals in Paris anerkannt wurde, die Deutschen in Böhmen und ihre Angehörigen in Österreich niemals nach ihren Wünschen befragt worden seien, bzw. ihre Wünsche einfach unbeachtet gelassen seien. Es bleibe also übrig, den Fehler von 1919 wieder gutzumachen und den Sudetendeutschen zu gestatten, auf friedlichem Wege ihre eigenen Ansichten bezüglich ihrer Zukunft zum Ausdruck zu bringen.

Selbstbestimmung sei ein Grundgesetz, den besiegten, die die Friedensverträge gemacht hätten, unterstellt hätten, sowie ebenfalls die Weiser Vga. Jetzt verlangten die Reichsdeutschen, die Selbstbestimmung für ihre Stammesgenossen in der Tschecho-Slowakei. Selbstverständlich sei es klar, daß die Realpolitik Grundzüge in den Hintergründen drängen könne und die nationale Vergewaltigung vor alles andere stellen könne. In diesem Falle aber seien alle beteiligten Länder mitverantwortlich für die augenblickliche Sachlage, und alle von ihnen sollten sich dabei jetzt zusammenschließen, um irgendeine Lösung zu finden, die nur dauerhaft sein könne, wenn sie mit den Wünschen der betroffenen Bevölkerung übereinstimme.

Appell an den französischen Menschenverstand

Paris, 14. Juni.

Auch die Pariser Presse wendet nach dem Abschluß der Wahlen ihr Augenmerk erneut der Tschecho-Slowakei zu. Besonders bemerkenswert ist ein Aufsatz Gustave Gervés in der „Villette“. Er stellt fest, daß der tschechische Staat nur lebensfähig sei, wenn er sich von allen seinen Volksgruppen trenne und nur den „Kern“ von Tschechen und Slowaken beibehalte. Wenn aber die Tschechen die Sudetendeutschen gewaltsam als nationale Minderheiten behalten wollten, würde ihr Leben vergiftet werden.

Gervés erklärt dann, man könne ihm zwar vorhalten, daß die Tschechen durch eine Abtretung Böhmens eine durch die Berge geschaffene natürliche Verteidigungslinie verlieren. Es werde den Tschechen dann eben nichts anderes übrigbleiben, als mehr im Innern eine „Maginotlinie“ zu bauen. Es sei doch noch die große Frage, welchen Widerstand Prag in einem geographisch zwar leicht zu verteidigenden Gebiet entwickeln würde, wenn es in den Reich seiner Truppen etwa ein Viertel Deutsche enthalte.

Frankreich würde keinen besonderen Menschenverstand beweisen, wenn es sich in einen Krieg einlassen würde, nur,

um die Sudetendeutschen zu zwingen, weiterhin im Rahmen des tschechischen Staates zu leben, obwohl sie ihre Eingliederung in ihr deutsches Vaterland wünschten. Frankreich würde dies um so weniger tun dürfen, als gerade die Franzosen es gewesen seien, die behauptet hätten, das neue Europa in der Achtung vor den Grundrissen der Nationalitäten, d. h. auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aufzubauen.

England gibt Prag keine Anleihe

Warschau, 14. Juni.

Aus Prag wird gemeldet, daß die tschecho-slowakische Regierung Großbritanniens in der letzten Woche um die Gewährung einer Anleihe, die für die Ausrüstung der tschecho-slowakischen Armee notwendig sei, gebeten habe. Der tschecho-slowakische Gesandte in London, Masaryk, habe indessen geantwortet, daß die entscheidenden britischen Stellen ihm geantwortet haben, daß die Erteilung irgendeiner Anleihe abhängig gemacht wird von der Forderung, die Ruhe und Ordnung im Innern des Landes, besonders in den Gebieten der Volksgruppen einschließlich der Slowaken wiederherzustellen. Diese Antwort Großbritanniens habe in Prag einen großen Eindruck gemacht. Die tschechischen Regierungskreise folgern aus ihr, daß die Tschecho-Slowakei in der internationalen Politik nicht mit Großbritannien rechnen könne.

Die Eroberung Castellons - ein großer Erfolg Francos

Die Fronten um 60 Kilometer verkürzt - Der „Korridor“ ist jetzt 100 Kilometer breit

Bilbao, 14. Juni.

Die bereits im größten Teil der Anlage gemeldet, gelang es den Truppen des Generals Franco am Montag, Castellon, die Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, zu erobern. Die nationalen Truppen stehen nunmehr etwa 60 Kilometer vor Valencia und 30 Kilometer von dem wichtigen Industriehafen Sagunt entfernt, der zur Zeit noch als die große Waffenschmiede der Bolschewisten gilt.

Nach der Einnahme Castellons befinden sich nunmehr von 50 Provinzen Spaniens 37 im Besitz der nationalspanischen Bewegung. Außer der Hauptstadt Castellon mit etwa 50000 Einwohnern sind bereits zwei Drittel dieser Provinz in den Händen der nationalen Truppen. Gleichzeitig wurden mit den letzten militärischen Operationen die Fronten um 60 Kilometer verkürzt. Bei dem noch nicht besetzten Teil der Provinz Castellon handelt es sich vorwiegend um ebenes Gelände, während das Gebirge fast völlig erobert werden konnte. Die Länge der in nationalspanischem Besitz befindlichen Mittelmeerküste an diesem Abschnitt beträgt nunmehr über 100 Kilometer. Es kann also von einem bloßen „Korridor“ nicht mehr die Rede sein. Besonders wertvoll aber erscheinen für Nationalspanien die Mittelmeerbäfen Vinaros und Castellon als Basis für den lat-

kräftigen Kampf gegen die bolschewistische Piratenschiffahrt. Auch der nunmehr im nationalen Besitz befindliche Flughafen südlich von Castellon, der den Bolschewisten bisher als Basis für Wasserflugzeuge diente, ist für das nationale Spanien von großer Bedeutung.

Siegesstimmung in ganz Spanien

Nach dem Einzug der nationalen Truppen in das eroberte Castellon lebte in den Straßen dieser Stadt Freude und Begeisterung über die Befreiung von der Bolschewistenherrschaft auf. An vielen Häusern wehten wieder rot-gelb-rote Wimpel, die von den unaufhörlich vorüberziehenden Menschenmassen mit erhobenen Armen begrüßt wurden. Überall hörte man Heulrufe auf Franco. Noch am gleichen Abend trafen Lebensmittellieferungen ein, die in musterhafter Ordnung an die notleidende Bevölkerung nach so vielen Entbehrungen verteilt wurden.

In allen Städten Nationalspaniens wurde die Eroberung Castellons gegen 24 Uhr durch den Rundfunk bekanntgegeben. Auch hier konnte man überall trotz der vorgeschrittenen Stunde große Menschenmassen beobachten, die spontan Umzüge auf den Straßen bildeten und unter Abmähen der Nationalhymnen und Hymnen auf Franco ihrer Begeisterung Ausdruck gaben.